

"Szenarien sollen Aktivität auslösen"

a3 BAU: Wie lautet die Quintessenz des Reports?

Renate Hammer: Die drei Szenarien beinhalten keine Zielszenarien, sie sind lediglich drei Möglichkeiten im Zukunftsraum. Die Ziele gibt die Politik vor. Das war für uns sehr herausfordernd, weil wir es gewohnt sind, mit Zielorientierung Perspektivforschung zu betreiben und sich hier auch eine entsprechende Methodik etabliert hat, die in dem Fall nur begrenzt anwendbar war. Das Wesentliche ist sicher der Auftrag an die Politik diese Szenarien gewissenhaft zu studieren und sich entsprechend zu positionieren. Es gilt anhand der fünf Leitideen eine weit in die Zukunft Österreichs weisende Haltung einzunehmen.

Die Fläche wird jedenfalls nicht größer, eher steigt der Druck diese zu verwerten, oder?

Wenn ich beispielsweise Versorgungssicherheit als hohen Wert erachte, dann muss man derzeit feststellen, dass etwa die Viehwirtschaft den österreichischen Konsum decken könnte, bei Obst sind wir jedoch auf Importe angewiesen. Das war vor einigen Jahren noch anders. Gleichzeitig besteht der Wunsch sich weiter baulich auszudehnen. Obwohl wir bereits seit gut zehn Jahren auf die problematische Versiegelung der Flächen hinweisen, ändert sich nichts an der Realpolitik. Die Versiegelung ist jedoch eine Konsequenz dessen, was wir vorher entschieden haben. Verkehrs- und Siedlungspolitik sind nicht einer weitreichenderen Planung untergeordnet. Wir verstehen jeden Wunsch nach einem Einfamilienhaus, aber die Summe ist der Knackpunkt. Die Summe der Einfamilienhäuser heißt automatisch Zersiedlung. Politiker werden aber von Einzelpersonen gewählt.

Die Zersiedelung ist auch aus der Vogelperspektive sichtbar. Wäre etwa die bessere Nutzung des Leerstandes und zwar nicht

nur im Mehrparteienhaus, sondern auch beim Einfamilienhaus zielführend?

Ja, das ist ein großer Schlüssel, den man angehen sollte. Was allerdings nicht so einfach ist, ist die Mobilisierung dieser Leerstände, denn diese sind Eigentum und zu Recht geschützt. Im deutschen Grundgesetz ist definiert, dass der Einzelne mit seinem Besitz in Grund und Boden Verantwortung für alle hat. Das ist ein Hebel. Wenn jemand als Besitzer eines Hauses kein mittelfristiges Nutzungskonzept vorlegen kann, dann ist dieses über Vermietung oder Verkauf zur Nutzung zu bringen. In der Schweiz gibt es Instrumentarien, um Leerstände zu mindern. Man kann hier durch Steuern auch soziale Hebelwirkungen erzielen. Leerstände am Land sind für die ansässige Jugend in den seltensten Fällen attraktiv, aber ein Städter, der an Enge und Lärm leidet, sieht darin eine Oase der Ruhe. Nicht jedes ungenutzte Haus muss abgerissen werden, schließlich hat die österreichische Architektur zur Genüge bewiesen, wie raffiniert sie Sanierung und Adaption zu handhaben weiß.

Verständlicherweise ist der Klimawandel bedrohlich, ist aber im Detail eine Unbekannte?

Die Kolleginnen und Kollegen, die sich mit diesen Entwicklungen befasst haben, formulieren deshalb eine ganz große Breite an möglichen bis wahrscheinlichen Entwicklungen. Dementsprechend fragil fallen hier die Prognosen bis 2050 aus. Klar ist allerdings, dass wir heute mit scheinbar kleinen politischen Entscheidungen Weichen stellen, die sich in drei Jahrzehnten massiv auswirken.

Deshalb scheint mir die Betrachtung der Life-Cycle-Costs immer maßgeblicher für verantwortungsvolles Bauen. Was kostet das Zerlegen von Objekten und wie sehr kann ich – etwa mittels urban mining – die knapper werdenden Ressourcen im Materialkreislauf bewahren?

Hier macht es Sinn, über das einzelne Objekt hinaus zu denken. Letztlich betreffen Life-Cycle-Cost-Überlegungen speziell auch Gemeinden. Zum

Teil finden wir prekäre Finanzierungsstrukturen. Die Kostentreiber liegen oft in der Infrastruktur. Hier herrscht ein Zielkonflikt. Ich kann meine jungen Leute nur am Land halten, indem ich weiter widme, die damit verbundene Infrastruktur frisst jedoch immer größere Anteile der Budgets. Der Finanzausgleich, der eine Finanzierung über die Köpfe schafft, ist dabei ein heikles Instrument. Deshalb ist der Blick über drei Jahrzehnte so wichtig.

Wie waren denn die Erfahrungen mit den Vorgängerreporten?

Als Diskussionsanreger waren beide sehr wertvoll. Wenn wir aber nach Konsequenzen suchen, die diese Reporte verursacht haben, dann ist es ein eher trauriges Ergebnis. Aber wir sind natürlich ungeduldig. Wir haben mit diesem neuen Report nicht wieder eine Auflistung von Empfehlungen betrieben, die die Politik offenbar abgeschreckt hat, sondern Szenarien und Erzählstränge entwickelt, die Aktivität auslösen sollen. Ich bin dann gezwungen, mich zu positionieren und Entscheidungen zu fällen. Der kreative Spielraum ist so größer.

Dennoch braucht es laut dem Befund eine Agentur für Baukultur?

Die Agentur soll eine vermittelnde Einheit sein, die die Ebenen Gemeinde, Land und Bund gleichwertig miteinander in Beziehung setzt. Wir hatten bis 1987 mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik eine gewisse übergeordnete politische Verankerung, die fehlt jetzt. Die Idee der Agentur ist es, wieder eine übergreifende Einheit zu implementieren, die sich gesamtheitlich um die Belange der Baukultur kümmert. Zusätzlich zu den verdienstvollen Architekturzentren und anderen Institutionen. Diese Agentur kann idealerweise viel wirkmächtiger Ziele formulieren und einfordern, etwa die Qualitätssicherung bei der Fördervergabe sichern. Beispielgebend ist in Deutschland die Städtebauförderung, die es Gemeinden mit besonders klugen baukulturellen Konzepten ermöglicht, diese umzusetzen. Wir haben diese Instrumente derzeit nicht. Wir verharren in den Finanzausgleichsschienen, wo wir uns fragen müssen, wie zielgerichtet diese den Raum betreffend sind.

Stichwort Wohnbauförderung. Erfüllt diese ihren Zweck?

Wir haben auch den Leitgedanken der Qualitätsbindung festgehalten. Ich muss deklarieren, was ich mit der Wohnbauförderung will. Leistbarkeit allein ist nämlich nicht automatisch sozial. Das tradierte Konzept geförderten Wohnbaus war es aber, wirklich qualitative Verbesserungen für einkommensschwache Schichten zu erzielen.

Mit städtebaulichen Verträgen können auch Investoren stärker in die Pflicht genommen werden auf das Gemeinwohl zu achten. Funktioniert das befriedigend?

Es gibt gute Beispiele, bei denen Investoren die Verantwortung für das Gemeinwohl wahrnehmen. Was dem Konzept generell entgegen steht, ist Profitgier – Verlust an Augenmaß gibt es auf beiden Seiten. Das ist natürlich auch unserer augenblicklichen Wirtschaftslage geschuldet, weil die Immobilie als Investment der Stunde gilt. Hier ist politische Lenkungsverantwortung gefragt.

Eine große Chance für sowohl ökonomisch als auch ökologisch nachhaltiges Planen und Bauen bieten Innovationen, ich erinnere an Biomimikry und sowohl mechanische als auch biochemische Adaptionen von natürlichen Vorgängen. Welche Hoffnung verbinden Sie damit?

In Raum- und Ressourcenfragen stoßen wir immer öfter an Verfügbarkeitsgrenzen. Deshalb geht es in der Innovation häufig nicht mehr darum, technisch komplexe Lösungen weiter zu toppen, sondern die Natur als Vorbild des Optimierens zu sehen. Darin Lösungen zu suchen, die für uns einfach sind und leicht umsetzbar. Innovation ist aktuell wohl das Auffinden des Einfachen.

Innovation kann auch die Schonung von Ressourcen bedeuten. Seltene Erden verdienen den Namen zwar manchmal nicht, einige Elemente sind allerdings tatsächlich recht limitiert. Wie lauten hier die Prognosen?

Wenn wir beispielsweise an den gegenwärtigen US-amerikanischen Zugang betreffend den Energiesektor denken, dann haben wir bis 2050 sicher kein Versorgungsproblem, allerdings bedeutet das auch, dass wir uns um den Klimawandel und die dramatischen Folgen gar nicht kümmern. Natürlich gibt es aber auch Rohstoffe wie etwa Lithium, das wir momentan in großen Mengen für die Elektromobilität heranziehen, wodurch rasch eine Verknappung eintreten wird. Man muss sich überlegen, was kommt danach? Das gilt für alle Ressourcen und in den nächsten Jahrzehnten wird diese Frage drängender.

Sie haben im Report auch 14 wild cards beschrieben, das heißt zwar unwahrscheinliche, aber besonders drastische Ereignisse – ein Beispiel daraus?

Ein einschneidender ist der Biodiversitätsverlust. Erinnern Sie sich an das Eschensterben 2017? Dabei sind rund 1,5 Prozent der österreichischen Bäume abgestorben. Was würde ein Fichtensterben für Österreich bedeuten? Die Landschaft wäre vollkommen verändert. Auch das Aufforsten wäre unter anderem aufgrund der Bodenerosion nicht einfach. Eine intelligente Strategie wäre es, Biodiversitätsinseln einerseits und – verbünde andererseits zu begründen oder auszubauen. Das geht allerdings wieder zu Lasten nutzbarer Flächen. Im integralen Szenario mit seinem hohen Umweltbewusstsein sind europäische Naturschutzzonen berücksichtigt.

Die digitalisierte Welt sorgt für eine andere Gefahr?

Wir müssen uns überlegen, wie robust Gebäude und Siedlungen sind. Wenn es technische Gebrechen etwa in der Stromversorgung gibt, dann darf die Konditionierung – etwa Kühlung, Luftversorgung oder Heizung – nicht komplett zusammenbrechen. Ein Gebäude muss, wenn der Stecker gezogen ist, im Grunde noch funktionieren. Das wäre das Mindeste.

Arch. DI Dr. Renate Hammer, MAS, ist geschäftsführende Gesellschafterin des Institute of Building Research & Innovation ZT-GmbH (<http://www.building-research.at>) und derzeit

Sprecherin der Plattform für Baukulturpolitik